

**„Civil Society Europe“ und partizipative Demokratie in Europa –
Die Gründung der neuen europäischen Zivilgesellschaftsplattform
im Kontext der Debatte um die Umsetzung von Art. 11 EUV**

Die Zukunft der europäischen Integration hängt wesentlich davon ab, wie es gelingt, die Bürger stärker in europäische Entscheidungsprozesse einzubeziehen¹. Mit dem Lissabon-Vertrag wurde 2009 ein neuer Artikel in das Primärrecht der EU eingeführt (Art. 11 EUV), der dafür eine rechtliche Grundlage bildet. Seither wird eine intensive Fachdebatte über seine Bedeutung und Umsetzung geführt, die jedoch nur selten den Expertenkreis verlassen konnte. In diesem Jahr nun hat eine Gruppe europäischer zivilgesellschaftlicher Netzwerke gemeinsam mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss die Initiative ergriffen und einen Fahrplan vorgelegt. Wesentlich zur neuen Impulssetzung beigetragen hat die Gründung einer neuen übergreifenden Zivilgesellschaftsplattform *Civil Society Europe (CSE)*. Ihr wird das Potential zugeschrieben, zukünftig als zivilgesellschaftliche Interessen zu bündeln und mit einer Stimme gegenüber den EU-Institutionen zu vertreten.

Dieser Beitrag skizziert als Ressourcensammlung die Entwicklungen der vergangenen Jahre. Aufgeführt werden hauptsächlich BBE-eigene Publikationen bzw. Verweise auf frühere Themenschwerpunkte in den BBE Europa-Nachrichten. Das BBE wird diese Ressourcensammlung zur partizipativen Demokratie in Europa ausbauen und um weitere externe Verweise und Literaturangaben ergänzen und über die BBE-Internetplattform zugänglich machen.

Partizipative Demokratie in Europa: Die Debatte um Artikel 11 EUV

Wie sich die europäische Demokratie zukunftsfähig gestalten lassen kann, war bereits eine zentrale Frage des europäischen Verfassungskonvents im Jahr 2002. Neben institutionellen Reformen im Bereich der europäischen Gesetzgebung und Kompetenzzuwächsen des Europäischen Parlaments fand dabei auch ein Artikel Zugang zum verabschiedeten Verfassungsentwurf der EU, der Grundsätze der partizipativen Demokratie – Information/Transparenz, Konsultation, ziviler Dialog und

¹ Die BBE Europa-Nachrichten 12/2014 haben sich in ihrem Themenschwerpunkt mit dieser Frage beschäftigt:
<http://www.b-b-e.de/archiv-des-eunewsletters/bbe-europa-nachrichten-archiv-2014/4-quartal-2014/>

Mitentscheidung – als Ergänzung der repräsentativen Demokratie in Europa beinhaltet. Nach dem Scheitern des Verfassungsentwurfs in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden wurde dieser Artikel als neuer Artikel 11 Teil des EU-Vertrages nach dem Lissabonner Rat 2007².

Während die europäische Bürgerinitiative (Art. 11 Abs. 4) zunehmende öffentliche, politische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit genießt³, sind die in Art. 11 Absatz 1-3 geregelten Elemente partizipativer Demokratie in der Öffentlichkeit wenig bekannt. Die Diskussion um seine Umsetzung beschränkte sich auf Akteure der Europäischen Union sowie der organisierten Zivilgesellschaft: Stellungnahmen veröffentlichten das Europäische Parlament, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), die Europäische Kommission, aber auch verschiedene Netzwerke (wie das Comité européen des associations d'intérêt général (CEDAG), das European Network of National Associations (ENNA), die Europäische Bewegung und die Social Platform). Das BBE hat in seinem Fachworkshop »Partizipative Demokratie in Europa – Chancen für Bürgerbeteiligung nach dem Lissabon-Vertrag« am 5. Dezember 2012 in Berlin eine tiefgreifende Analyse der Debatte vorgenommen und in einem umfangreichen Tagungsbericht gemeinsam mit vielen zentralen Dokumenten veröffentlicht⁴.

Grundsätzlich bestanden und bestehen dabei zwischen Zivilgesellschaft und EU-Institutionen unterschiedliche Verständnisse und Interpretationen, inwieweit die im Art. 11 angelegten Elemente partizipativer Demokratie bereits umgesetzt bzw. welche weiteren Schritte zu ihrer Etablierung und Stärkung notwendig sind⁵. Die EU-Kommission und in weiten Teilen auch das Europäische Parlament verweisen im Hinblick auf Absatz 1 auf ihre Transparenzrichtlinien und Informationsleistungen; zudem seien in vielen Bereichen im Hinblick auf Absatz 3 umfangreiche Konsultations- und Anhörungsprozesse etabliert. Dies wird auf der anderen Seite von den zivilgesellschaftlichen

² Welche Wirkung der Vertrag von Lissabon auf das demokratische System der EU und insbesondere auf die Frage der Einbindung der Bürger(-gesellschaft) in die Rechtsetzung hat, ist auf der Seite „Stärkung der europäischen Demokratie“ der EU-Informationseite EUR-Lex übersichtlich und mit vielen Verweisen auf EU-Dokumente dargestellt: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=URISERV:ai0021>

³ Die BBE Europa-Nachrichten informieren fortlaufend über aktuelle und abgeschlossene Europäische Bürgerinitiativen. Zuletzt beschäftigte sich ein Themenschwerpunkt in Ausgabe 2/2013 ausführlich mit einer Zwischenbilanz nach einem Jahr EBI: <http://www.b-b-e.de/archiv-des-eunewsletters/bbe-europa-nachrichten-archiv-2013/1-quartal-2013/>

⁴ http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/Partizipative_Demokratie_in_Europa.pdf

⁵ Die BBE Europa-Nachrichten 8/2013 und 6/2014 haben sich im Themenschwerpunkt mit der Frage der Ausgestaltung der partizipativen Demokratie in der EU und den angesprochenen Konfliktlinien beschäftigt: <http://www.b-b-e.de/archiv-des-eunewsletters/bbe-europa-nachrichten-archiv-2013/3-quartal-2013/>

Verbänden und Netzwerken sowie dem EWSA nicht bestritten – sie sehen jedoch insbesondere beim Absatz 2 im Hinblick auf die Etablierung eines „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft“ erheblichen Entwicklungsbedarf.

An dieser Konfliktlinie hängt aktuell die Debatte fest: Während die EU-Kommission auf ihre aktuelle Kampagne zur besseren Rechtsetzung⁶ hinweist, die sich hauptsächlich der Frage widmet, wie einzelne Bürger besser erreicht und konsultiert werden können, fordern Zivilgesellschaft und EWSA einen Ausbau des sogenannten zivilen Dialogs, d.h. die strukturierte Einbindung von repräsentativen zivilgesellschaftlichen Verbänden und Netzwerken in Politikformulierungs- und Entscheidungsprozesse. Diese Forderungen wurden in diesem Jahr explizit auf dem NGO-Forum in Riga im März und dem jährlichen Civil Society Day⁷ in Brüssel im Juni erneuert und mit konkreten Umsetzungsvorschlägen in Form eines „Fahrplans für die Umsetzung von Artikel 11 1-2 EUV: Für einen besseren Dialog mit der Zivilgesellschaft und die bessere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger für eine verbesserte Politikgestaltung“ versehen.

Strukturierter Dialog mit wem? *Civil Society Europe* als zentraler Ansprechpartner?

Die Debatte um die strukturierte Einbindung zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Verbände in europäische Entscheidungsprozesse hat auf Seite der europäischen Zivilgesellschaft zu einem stetigen Vernetzungsprozess und einer Debatte um repräsentative Strukturen geführt. Ein erster übergreifender Ansatz war die Gründung der *Civil Society Contact Group* aus acht bereichsspezifischen Dachverbänden. Kein einzelnes Netzwerk konnte bisher aber eine breite zivilgesellschaftliche Stimme entwickeln mit der nötigen Legitimität.

Das zurückliegende Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013/2014 hat eine Katalysatorfunktion entwickeln können: In der zivilgesellschaftlichen Allianz des Bürgerjahrs haben sich insgesamt 65 Organisationen zusammengeschlossen; aus ihr heraus wurde in diesem Jahr die *Civil Society Europe* gegründet⁸. Seither sind rund 40 europäische Dachverbände und Netzwerke CSE beigetreten. Die erste Mitgliederversammlung hat Ende April 2015 eine neunköpfige Steuerungsgruppe gewählt, die bis zum Herbst ein Arbeitsprogramm für die kommenden drei Jahre vorlegen wird. Der derzeitige Aufbauprozesses läuft planmäßig und stimmt hoffnungsvoll – seine Handlungsfähigkeit aber wird CSE in den kommenden Monaten noch nachweisen müssen.

⁶ http://ec.europa.eu/smart-regulation/index_en.htm

⁷ Der Civil Society Day 2015 ist auf den Seiten des EWSA ausführlich dokumentiert:
<http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.events-and-activities-civil-society-day-2015>

⁸ Der aktuelle Themenschwerpunkt der BBE-Europa-Nachrichten 7/2015 informiert über den Gründungsprozess von CSE.



Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de